tet, den im Nachtragsetat angeforderten Teilbetrag von 5 300 000 Mk. für diesen Zweck zu bewilligen. — Das Haus beschließt antragsgemäß. — Abg. Mehnert (Soz.) berichtet über die im Nachtragsetat eingestellte Forderung von 3 Millionen Mark zu Abfindungen aus Anlaß des Gesetzes über das staatliche Kohlenbergbaurecht. Da es sich um zurückliegende Fälle handelt, wird die Bewilligung von 100 000 Mk. für die unerläßliche Ausgabe empfohlen unter der Voraussetzung, daß keinerlei Vorentschädigung gewährt wird. Das Haus beschließt demgemäß. — Abg. Schembor (Soz.) empfiehlt die Bewilligung von 200 000 Mk. zur Beteiligung des Staates an der Bezirksfiedelungsgesellschaft der Amtshauptmannschaft Zittau. Auch diese Einstellung wird bewilligt. — Abg. Günther (Dem.) bittet im Auftrage des Finanzausschusses B 9 761 000 Mk. zur Vermehrung von Güterwagen zu bewilligen. Das geschieht einstimmig. — Abg. Müller-Zwickau (Soz.) erstattet Bericht über den Gesetzentwurf betr. die Dienststellung und die Bezüge der Minister. Die Deutschnationalen und die Unabhängigen haben Abänderungsanträge gestellt. — Abg. Nyssel (Unabh.) begründet die unabhängigen Abänderungsanträge. Er beantragt, den Passus zu streichen, der von einem Ruhegehalt spricht. Bei der parlamentarischen Regierungsform sei der Minister nicht Beamter. Infolgedessen sei ein Anspruch auf Ruhegehalt nicht anzuerkennen. Seine Freunde hätten die Meinung, daß neben 26 000 Mk. Gehalt ein besonderes Wohnungsgeld von 4000 Mk. überflüssig erscheine.

Abg. Dr. Wagner (D.-N.): Die Regelung der Frage sei weder ideal noch großzügig. Große Bedenken beständen dagegen, den Beamtenministern mindestens 15 600 Mk. Ruhegehalt zu zahlen. Das sei deshalb bedenklich, weil heute jemand aus politischen Gründen in ein Staatsamt berufen und dann nach kurzer Zeit, vielleicht nach wenigen Wochen, wieder aus dem Amte scheiden werde. In solchen Fällen wäre diese Gehaltsregelung eine Verschwendung. — Abg. Müller-Zwickau (Soz.) wendet sich gegen die Anträge der Unabhängigen, soweit sie über die Anträge Dr. Wagners hinauslaufen. — Abg. Schiersand (Dem.) stimmt den Anregungen Dr. Wagners zu. Das Gesetz würde als Uebergangsgesetz wirken und vielleicht in Bälde wieder geändert werden müssen. — Abg. Blüher (Dtsch. Vp.): Die Anträge Dr. Wagners seien verhältnismäßig harmlos, bedeuteten aber nicht durchweg Verbesserungen. Die Anträge der Unabhängigen dagegen seien recht bedenklich. Er bitte als Vorsitzender des Ausschusses, diese Anträge abzulehnen. Nach Erwiderung des Abg. Nyssel (Unabh.) und dem Schlußworte des Berichterstatters werden die Anträge der Unabhängigen gegen deren Stimmen abgelehnt. Sodann wird der Ausschußantrag zugleich mit den Verbesserungsvorschlägen der Deutschnationalen angenommen. Es folgt die Beratung einer Reihe von Titeln aus dem Nachtragsetat. — Abg. Koch-Dresden (Dem.) bittet, die Nachforderungen bei Kapitel 19 (Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung), Kapitel 32 (Gesamtministerium und Staatskanzlei), Kapitel 42 (Ministerium des Innern, Arbeitsministerium und Wirtschaftsministerium) sowie Kapitel 72 (allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Bereiche des Ministeriums des Innern) zu genehmigen.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.): Die politische Verantwortung hätte heute nicht das Gesamtministerium, sondern der Militärbevollmächtigte. Der Redner kommt ausführlich auf die Folgen des Belagerungszustandes zu sprechen. Die heutige Regierung sei reaktionärer als die reaktionäre preußische Regierung es in der schlimmsten Zeit des Sozialistengesetzes gewesen sei. Die Regierung habe es abgelehnt, die materiellen Schäden zu vergüten, die durch den Belagerungszustand verursacht worden seien. Der Belagerungszustand müsse verschwinden. Die in Schutzhaft Schmachtenden seien freizugeben. Endlich müsse eine Amnestie erlassen werden. Die Unabhängigen allein hätten die gänzlich verfehlte Friedenspolitik der Reichsregierung gerettet. (Der Redner wird wiederholt zur Sache gerufen.) Die Regierung treibe Gelegenheitspolitik und falle von einem Extrem ins andere. Seine Freunde würden ihr den Gehalt verweigern.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer: Ich wundere mich, daß Herr Lipinski glaubt, auf diese Weise eine ersprießliche Aussprache herbeizuführen. Alles, was er vorgebracht hat, ist außerdem Gegenstand eines besonderen Antrages seiner Freunde. Die Herren halten allen Gegenbeweisen zum Trotz an ihren verfehlten Ansichten fest und wiederholen sie immer. Da ist jede Auseinandersetzung zwecklos. Auch ich halte es für äußerst bedauerlich, daß wir den Belagerungszustand anwenden mußten; aber die Unabhängigen wollen nicht einsehen, daß sie selbst daran die Schuld tragen. Die ungeheure Mehrheit des sächsischen Volkes fühlt den Belagerungszustand gar nicht. Lediglich gegen Gewalttätige richtet er sich. Die heutigen Streiks richten sich letzten Endes gegen die Arbeiter selbst, und die Unabhängigen unterstützen und beschönigen die Bewegung, wo sie nur können. Gerade die Herren, die hier als Ankläger auftreten, sollten an ihren Busen greifen; denn sie treiben das Volk ins Unglück.

Abg. Günther (Dem.) gibt für die Demokraten folgende Erklärung ab: Die Staatsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung bietet keine Gewähr dafür, daß die von der Volkskammer im Sinne der allgemeinen Volksinteressen vertretenen Grundsätze und Richtlinien wahrgenommen werden. Meine Fraktion wird daher

gegen das Kapitel Gesamtministerium

stimmen, ohne sich mit den vom Abg. Lipinski vorgebrachten Darlegungen zu identifizieren.

Abg. Sindermann (Soz.): Wir erkennen wohl das Bedenkliche am gegenwärtigen Zustand, allein die Verantwortung für die Regierung tragen zu müssen. Wir hatten deshalb beschlossen, sofort nach Friedensschluß mit anderen Fraktionen wegen einer Reorganisation der Regierung in Verbindung zu treten. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen beginnen.

Abg. Günther (Dem.): Die Erklärung des Abg. Sindermann ist so bedeutsam, daß wir eine Vertagung der Sitzung um eine Viertelstunde beantragen, damit die Parteien sich beraten können. — Die Vertagung wird beschlossen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung nimmt zunächst das Wort Abg. Fleißner (Unabh.): Meine Freunde sind mit dem Gange der Aussprache sehr zufrieden. Sie hat die erforderliche Klarheit gebracht. Nichts kann uns hindern, zu sagen, was gesagt werden muß. Wir müssen dem Volk und der Arbeiterschaft das Urteil über unsere Politik überlassen. Die Dinge sind für uns nicht ungünstig verlaufen. Es ist die Zeit nicht mehr fern, wo meine Partei als Arbeiterpartei die führende und ausschlaggebende sein wird. Die Arbeiter kehren der Mehrheitssozialdemokratie den Rücken, diese erhält Zuzug aus dem Bürgertum. Daher erklärt sich die ängstliche Rücksichtnahme der Mehrheitssozialisten auf das Bürgertum.

Abg. Günther (Dem.): Die Beamtenvermehrungen fordern die Kritik heraus. Wir haben getrennte Abstimmung verlangt über Arbeits- und Wirtschaftsministerium. Einem solchen Wunsche einer großen Fraktion hätte Rechnung getragen werden sollen. Die Regierung muß so zusammengesetzt sein, daß hinter ihr die Mehrheit des Volkes steht. Eine Regierung, die sich nicht auf einer breiten Basis aufbaut, ist nicht von Dauer. Eine einheitliche Parteiregierung widerspricht dem Volkswohl. Gegen die verbrecherischen Minderheiten muß die Regierung scharf eingreifen, um den Gesetzen Geltung zu verschaffen; sonst geht das ganze Volk zugrunde. Die Demokratische Partei erklärt, daß durch die vom Abg. Sindermann abgegebene Erklärung eine vollständig veränderte Sachlage herbeigeführt worden ist, welche die Demokraten voll zu würdigen bereit sind. Sie werden jetzt für die Einstellungen im Nachtragsetat stimmen.

Nachdem Wirtschaftsminister Schwarz die Unmöglichkeit der Einführung des freien Handels begründet hatte, die nur der Wunsch Einzelner und nicht der Gesamtheit sei, gab Abg. Sindermann (Soz.) nochmals eine Erklärung über die neu geschaffene politische Lage ab. Nach weiteren unerheblichen Darlegungen der Abg. Dr. Eckardt (D.-N.), des Vizepräsidenten Lipinski (Unabh.) und des Abg. Menke (Unabh.) stimmte die Kammer dem Antrage auf Bewilligung für die Ausgaben obengenannter Etatkapitel zu, mit dem Unterschiede, daß nur die Unabhängigen die Annahme des Kapitels, das Gesamtministerium betreffend, ablehnen.

Der hierauf zur Besprechung kommende Antrag des Finanzausschusses A zum Kapitel direkte Steuern des Gesetzes über einen Nachtrag zum Finanzgesetz für die Jahre 1918/19, der auf die unseren Lesern schon bekannte Erhöhung der Ergänzungs-, Grund- und Einkommensteuer hinausläuft, wurde nach reger Aussprache in Anwesenheit von kaum 20 Abgeordneten angenommen. Ebenso wurde einem weiteren Antrage des gleichen Ausschusses, die Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung in Höhe von 122 734 073 Mk. zu bewilligen, sowie das ganze Finanzgesetz anzunehmen, zugestimmt.

Nächste Sitzung: Montag, 7. Juli.

Oeffentliche Gemeinderatssitzung
in Oberlungwitz

am 4. Juli.

Herr Gemeindevorstand Lieberknecht macht zunächst Mitteilung von dem Antwortschreiben der Amtshauptmannschaft auf eine Eingabe um Staffelung der Lebensmittelpreise. Seitens der Regierung sei eine solche Staffelung bereits geplant, in der Amtshauptmannschaft fehlten jedoch noch die Unterlagen von 30 Gemeinden. — Einer Klage der Bewohner der äußeren Nutzung wegen Aussetzens der Wasserleitung glaubt man dadurch abhelfen zu können, daß in den betr. Häusern die Zuleitungen tiefer gelegt werden. — Um der in unserem Orte sich immer fühlbarer machenden Wohnungsnot zu steuern, beschloß der Gemeinderat, den Zuzug von auswärts zu verbieten. Herr Bennewitz fordert einen weitergehenden Beschluß dergestalt, daß der Gemeinde das Recht gegeben werden soll, leerstehende Räume, von denen es eine ganze Anzahl gebe, zu beschlagnahmen und anderwärts zu vermieten. Herr Freitag berichtet von einem Fall, wo einem Mieter deshalb gekündigt wurde, weil der Vermieter die Räume zum Aufbewahren von Obst benötigte. Derartige Kündigungen dürften natürlich nicht statthaft sein. Beschlossen wurde ferner, daß Mietssteigerungen stets der Genehmigung des Mieteinigungsamtes bedürfen. — Die bezirksseitig erhöhte Erwerbslosenfürsorge soll auch für den hiesigen Ort Geltung haben. Auf Anfrage wurde mitgeteilt, daß hier 550 bis 600 Arbeitslose vorhanden sind; an Unterstützungen wurden im Laufe dieser Woche 11 000 Mk. ausgezahlt. — Die Verpflegsätze im Hospital sollen um weitere 25 Prozent erhöht werden. Gleichzeitig erhöht sich der von den Insassen zu zahlende Verpflegssatz: Es sollen gefordert werden für Ortsarme 1,50 Mk., Private 3,50 Mk., Mitglieder der Krankenkasse 3,00 Mark, für Auswärtige 3,50 Mk. Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden. — Für die freiwillig zurücktretende Verwalterin des Hospitals, Frau Lohr, soll aus den 15 eingegangenen Gesuchen der Hospitalausschuß eine engere Wahl treffen. — Mit der Errichtung eines Ortsgesetzes für Kleinwohnungsbau, wie es die Amtshauptmannschaft empfiehlt, erklärt man sich ebenfalls einverstanden. — Die Krankenkasse kommt mit den bisher für Erwerbslose gezahlten Beiträgen von 18 Pfg. je Kopf und Woche nicht aus und fordert Erhöhung. Ausschuß, Erwerbslose und Ortskrankenkasse hatten sich auf einen von den Versicherten freiwillig aufzubringenden Betrag von 30 Pfg. geeinigt. Dafür liefert die Kasse freie ärztliche Behandlung und Apotheke. Spezial- und besondere Behandlung trägt die Erwerbslosenfürsorge. Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden. Die Generaldirektion der Staatsbahnen bittet in einem Rundschreiben um Auskunft über ein etwaiges Bedürfnis einer Kraftwagenlinie zur Güterbeförderung. Der Gemeinderat kann ein solches Bedürfnis für unseren Ort nicht für vorliegend anerkennen, es soll aber auf Antrag des Herrn Zimmermann auf Errichtung einer Automobil-Linie zur Personenbeförderung hingewirkt werden. — Eine Eingabe eines Sparkassen-Beamten um Beitritt zur Landeslebensversicherung wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Bei der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden soll die Sparkasse ernent 40 000 Mk. Kreditbriefe zeichnen. — Dem Besitzer des Gasthofs „Zum deutschen Kaiser" wurde die Miete für die Milchküche um 50 Mk. auf 200 Mk. aufgebessert. — In dem Bebauungsplan für die Ackermannschen Grundstücke (Egidy-Mühle) erklärt man sich mit einigen von der Amtshauptmannschaft gewünschten Aenderungen einverstanden. U. a. soll festgelegt werden, daß dort nur Ein- und Zweifamilienhäuser errichtet werden dürfen, gewerbliche Betriebe, auch Bäckereien und Fleischereien, sind verboten. Der Bau der dort geplanten Straße soll nach dem Eintreffen von Schleusenrohren beginnen. Der mit der Lieferung schon seit langem beauftragten Firma soll eine letzte Lieferungsfrist gestellt werden. — Die hiesigen Fleischer haben sich gegen den früheren Beschluß betr. Nichtaufhebung der Zentral-Wursterei gewendet. Einen anderen Beschluß herbeizuführen findet der Gemeinderat keine Veranlassung, zumal fast der ganze Bezirk sich gegen die Aufhebung ausgesprochen hat. — Für Reinigen des Leichenwagens wird Herrn Sattler Scholz eine Aufbesserung seiner Bezüge von 1,50 auf 2,50 Mk. bewilligt. — Die Gebühren für die Heimbürgin wurden wie folgt erhöht: Für Kinder bis zu 1 Jahr von 1,80 auf 3,00 Mk., über 1 bis 6 Jahren von 2,50 auf 3,50 Mk., über 6 bis 14 Jahren von 3 auf 4 Mk., für über 14 Jahre alte Verstorbene von 5 auf 6 Mk. — Der um ¾10 Uhr geschlossenen öffentlichen Sitzung folgte eine geheime Beratung, in der Steuer- und Sparkassensachen Erledigung fanden.

Oertliches und Sächsisches.

* — Eine Steigerung der Kriegsanleihe um weitere 2 Prozent bis auf rund 80 Prozent meldet der Dresdner und Berliner Börsenbericht.

* — Der Paketverkehr nach Breslau ist wieder aufgenommen.

* **Hohenstein-Ernstthal,** 5. Juli. Die Platzmusik findet morgen Sonntag von 11—12 Uhr auf dem Neumarkt statt. Es werden gespielt: 1. Reiterlust, Marsch von Blankenburg. 2. Olympia-Ouvertüre von Helm. 3. Priestermarsch und Arie a. d. Op. „Die Zauberflöte" von Mozart. 4. Scheiden und Meiden, Walzer von Fetras. 5. Phantasie a. d. Op. „Zar und Zimmermann" von Lortzing. 6. Leuchtender Tag, Marsch von Kling.

* — Sportliches. Am Sonntag vormittag ½10 Uhr findet auf dem Turnplatz des Turnvereins von 1856 ein Faustballwettspiel zwischen der 1. Mannschaft der Riege „Siegerkranz" (Tv. 1856) und der 1. Mannschaft der Riege „Eintracht" (Mittelbach) statt.

* — Das Pferd in der Jauchengrube. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich gestern in einem Hofe eines Hauses der Mittelstraße. Dort brach ein Pferd durch die Decke einer Abortgrube und fiel mit dem ganzen Körper in die ziemlich gefüllte Grube. Dem Tier konnte nur dadurch geholfen werden, daß man an einer Seite die Ufermauer aufriß.

r. **Gersdorf,** 5. Juli. Nach einer Bekanntmachung des Gemeindevorstandes ist das Ortsgesetz über das Mieteinigungsamt vom Ministerium genehmigt worden. Hiernach darf der Vermieter dem Mieter nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes kündigen. Dem hiesigen Mieteinigungsamt gehören an als Vertreter der Hausbesitzer die Herren Gemeindekassierer i. R. Franz Mehner und Lehrer E. Schulz, als Vertreter der Mieter die Herren Bergarbeiter A. Weißpflog und Ed. Ischt.

r. **Gersdorf,** 5. Juli. Wie wir hören, sollen im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier erneut eine größere Anzahl Bergarbeiter nach Westfalen auszuwandern beabsichtigen. Aus hiesigem Ort sind bisher vier Familien abgewandert. In Westfalen sollen ebenfalls Abwanderungen von Bergarbeitern nach Holland stattfinden.

* **Mittweida,** 5. Juli. Die städtischen Kollegien beschlossen, den städtischen Beamten künftig ohne weiteres dieselben Teuerungszulagen zu gewähren, welche der Staat seinen Beamten gewährt. — Die Gasanstalt ist genötigt, infolge Kohlenmangels die Gasabgabe von 7—11 Uhr vormittags einzustellen.

* **Hoyerswerda,** 5. Juli. Bei Baggerarbeiten in einer Kohlengrube des benachbarten Neudorfs kam beim Wegrücken eines Baggers dieser mit der Starkstromleitung in Berührung. Acht am Bagger beschäftigte Arbeiter wurden vom Strom zu Boden geworfen, einer getötet, sieben teils schwer, teils leicht verletzt.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Die Verhandlungen zwischen den streikenden Straßenbahnern und der Direktion vor dem Berliner Vollzugsausschuß haben zu einer Verständigung geführt. Die Straßenbahner haben sich verpflichtet, sich dem Schiedsspruch eines letzten obersten Rates zu unterwerfen und die Arbeit wieder aufzunehmen, so daß der Straßenbahnerstreik als beendet gelten kann.

Verantwortlich
für die Schriftleitung: Dagobert Culp, für Oertliches u. Anzeigen: Bruno Preiß. Verlag und Druck: Gustav Hohenstein, Hohenstein-Ernstthal.

Hierzu eine Beilage und das Illustr. Sonntagsblatt.

Haus
m. Garten i. Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz oder Grüna b. 4000 bis 5000 M. Anz. ges. Angeb. unt. 378 d a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Ruhige, solide Leute suchen für sofort oder später
größere Wohnung.
Angebote unter 78 K an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Herrschaftl. Zimmereinrichtg., vorz. Polst., Bezug def., sofort zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dss. Blattes.

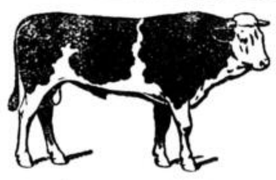
1 Paar lange **Stiefel,**
1 Paar Hausschuhe zu verk. Zu erfahren in der Geschäftsst. dss. Bl. 379d

Küchenrahmen
zu verkaufen. 80f
Hoh.-Er., Centralstraße 11 I.

Frisch eingetroffen:
Gemüse-Suppe,
bekannt gut quellende Qualität, empfiehlt billig
Emil Uhlig,
Drogerie, [80q
Hoh.-Er., Schubertstraße.

Kleidungsstücke
und sonstige Sachen werden schnellstens, gut und billigst umgefärbt bei 379i
Anton Schumann, Hoh.-Er., Kroatenweg 3.

Fahrräder m. Gummi,
Waschmasch. für Hand- und Kraftbetrieb verkauft billig 79w
Max Franke,
Oberlungwitz 106.



Stelle von morgen ab wieder einen großen Transport
prima echte Oldenburger
Kühe, Kalben u. Zuchtbullen
zum Verkauf.
Julius Kiesow,
Hohenstein-Ernstthal, Fernsprecher 174.

Melkziege
mit jungen Böckchen verkauft
80h Oberlungwitz 335.

2 Zickel,
3 Monate alt, verkauft
379a Oberlungwitz 59.

Wachtelhund, 80y
sehr wachsam, zu verkaufen.
Oberlungwitz Nr. 241, Nähe Rest. Lindenbaum.

Achtung!
6 Ferkel,
Meißner Rasse, verkauft billigst
Ed. Reinhold, Hoh.-Er.,
80n Lichtensteiner Str. 2.

Radfahrer „Gummi"
Bereifung, neue Mäntel und Schläuche, solange der Vorrat reicht. Fordert Preisliste umsonst.
E. Gauschow, 78t
Berlin-N., Kastanien-Allee 39.

Täglich frische
Heidelbeeren
empfiehlt 80a
Selma verw. Stark,
Hohenstein-Er., Hohe Straße 4.

Hochfeines [379h
Suppenmehl,
Pfund 3.00 Mk. und 3.40 M, feinste ger. Lachsheringe, frisch geräuch. Schellfisch, „Perlano", flüssig. Waschmittel, Pfund 50 Pfg., Zinkweiß, rein in Pulver, Bleimennie, sowie alle anderen Trocken-Farben empfiehlt
Paul Steinert, Hoh.-Er., Oststraße 7.

2 guterhaltene
Grammophone
zu verkaufen 80r
Hoh.-Er., Schubertstr. 28 II.

Geigen, Mandolinen,
Gitarren,
Konzert- u. Gitarre-Zithern,
Mundharmonikas,
Violin-Bogen u. -Kasten
billig 80i
E. Böhm,
Hoh.-Er., Bismarckstraße 39, schrägüber vom „Reichshof".

Ausgekämmtes 60s
Frauenhaar
kauft zu höchsten Preisen
M. Möser Nachf.,
Hohenstein-Ernstthal.